



# Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

# 2013

## **Impressum**

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,  
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,  
Umfrage-Redaktionsschluss: 26. Juli 2013

Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb

Fotos: Lichtblick: Joachim Melde, Fotolia: chris-m, Lurii Sokolov, autofocus67, Peter Atkins,  
Sergey Nivens, Alexander Raths, benjaminolte

Layout: M.-A. Neugebauer

Herstellung: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

# Inhalt

Zum Geleit .....	7	
Datengrundlage .....	9	
<b>1. Das Bild des öffentlichen Dienstes</b>		
1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes .....	12	
1.2 Das Beamtenprofil .....	15	
1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes .....	24	
1.4 Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen .....	26	
1.5 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Beschäftigten.....	27	
<b>2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst</b>		
2.1 Inanspruchnahme von Behörden .....	32	
2.2 Bürger und Verwaltung .....	35	
<b>3. Staat und Privatisierung</b>		
3.1 Meinungen zur Rolle des Staates .....	40	
3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat? .....	44	
<b>4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheiten und Erwartungen</b>		
4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation .....	52	
4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen .....	53	
<b>5. Jugendliche und Beruf</b>		
5.1 Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl .....	64	
5.2 Öffentlicher Dienst als potenzieller Arbeitgeber .....	66	
<b>6 Politische Stimmung im öffentlichen Dienst</b> .....		68
Zusammenfassung .....	74	





## Zum Geleit

Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013“ ist eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes. Bereits im siebten Jahr in Folge legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion damit eine in dieser Form einzigartige Untersuchung vor, auf deren Grundlage sich sowohl kurz- als auch längerfristige Veränderungen im Urteil der Bürger über den öffentlichen Dienst aufzeigen lassen. Gleichzeitig können damit Entwicklungen im Selbstbild der Beschäftigten sowie in deren Wahrnehmung ihrer Arbeitsbedingungen nachgezeichnet werden.

Entgegen der vielerorts immer noch oft vertretenen Ansicht, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und die Beamten im Besonderen ein eher negatives Image haben, hat sich die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Dienstleistern in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Im allgemeinen Ansehens-Ranking nehmen Feuerwehrleute, Polizisten, Lehrer und andere Berufe des öffentlichen Dienstes Spitzenplätze ein, und sogar der „Beamte“ als solcher gehört eindeutig zu den Image-Gewinnern des letzten Jahres.

In der aktuellen Umfrage haben wir ein besonderes Augenmerk auf die bevorstehende Bundestagswahl gelegt und die Beamten und Tarifbeschäftigten nach ihren Parteipräferenzen und dem Kompetenzprofil der deutschen Parteien befragt. Außerdem haben wir natürlich auch die „Sonntagsfrage“ gestellt und interessante Ergebnisse zu Tage gefördert – zumindest was die Wahlabsichten der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst angeht.

Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ ist ein bewährtes Instrument, um jenseits aller Klischees und Ideologien eine sachliche Diskussionen über den öffentlichen Dienst in Deutschland zu ermöglichen. Denn nur so können wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst erhalten, der den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger sowie den berechtigten Interessen der Beschäftigten gleichermaßen gerecht wird.

Berlin, im August 2013

Klaus Dauderstädt  
Bundesvorsitzender



# Datengrundlage

11 Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2013 zum siebten Mal untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welches Bild sich bei ihnen von den Behörden und ihren Bediensteten verfestigt hat, welche Erfahrungen sie mit Behörden gemacht haben und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben.

Geprüft wurde 2013 wie schon in den Vorjahren auch, inwieweit die Selbsteinschätzung der öffentlich Bediensteten mit der Einschätzung der Bevölkerung übereinstimmt bzw. davon abweicht. Die öffentlich Bediensteten wurden zudem nach der Zufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Bei der aktuellen Erhebungswelle wurden die öffentlich Bediensteten anlässlich der im September 2013 stattfindenden Bundestagswahl zusätzlich noch nach ihren Problemprioritäten, nach ihrer Einschätzung der Kompetenz der Parteien in verschiedenen Politikbereichen sowie nach ihrer Wahlabsicht befragt.

Die Erhebungen für diese siebte „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ fanden 2013 im Mai und Juni statt. Befragt wurden insgesamt 3.004 Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews. 2.001 der insgesamt Befragten waren Angehörige des öffentlichen Dienstes (803 Beamte; 1.198 Tarifbeschäftigte).

Die Auswahl der Befragten erfolgte wie in den Vorjahren nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifbeschäftigten ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre alt) sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar.

Die Ergebnisse des siebten „öffentlichen Dienst-Monitors“ werden soweit möglich mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden der ersten sechs Monitore verglichen, um so Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten.





## Das Bild des öffentlichen Dienstes



# 1. Das Bild des öffentlichen Dienstes

## 1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

Nachdem 2012 der Anteil derjenigen, die in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen haben - bedingt durch die Medienberichterstattung über die Streiks und Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst - mit 76 Prozent außergewöhnlich hoch war, ist der Anteil in diesem Jahr mit 50 Prozent wieder ungefähr auf das Niveau der Vorjahre zurückgegangen.

Wie auch schon in den Vorjahren ist das Interesse für den öffentlichen Dienst auch 2013 unterdurchschnittlich ausgeprägt bei den Arbeitern und den unter 30-Jährigen.

### > Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen				
	Bevölkerung				
	2009	2010	2011	2012	2013
	%	%	%	%	%
insgesamt	52	50	46	76	50
Ost	53	51	45	74	50
West	52	49	46	76	50
Arbeiter	47	49	33	72	39
Angestellte	57	51	45	79	50
Selbständige	60	56	51	80	48
14- bis 29-Jährige	40	35	31	58	31
30- bis 44-Jährige	52	47	43	75	38
45- bis 59-Jährige	62	56	50	80	59
60 Jahre und älter	56	56	52	79	64
Anhänger der: CDU/CSU	51	50	45	76	51
FDP	59	46	57	79	55
SPD	56	54	47	79	51
Grünen	55	55	52	83	55
Linke	60	54	54	81	63

Bei den im öffentlich Dienst Beschäftigten ist das Interesse an Vorgängen aus ihrem Tätigkeitsfeld erwartungsgemäß auch 2013 wieder deutlich größer als das der Bevölkerung allgemein.

Anders als 2012 ist 2013 das Interesse der Beamten an der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst wieder wie schon in den Jahren 2007 bis 2011 größer als das der Tarifbeschäftigten.

> **Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes**

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen				
	öffentlich Bedienstete				
	2009	2010	2011	2012	2013
	%	%	%	%	%
Insgesamt	63	63	55	92	67
Beamte	73	69	66	93	79
Tarifbeschäftigte	55	59	47	91	58
Ost	61	61	61	90	59
West	64	64	53	92	68
Männer	69	68	61	95	71
Frauen	58	59	50	89	63
14- bis 29-Jährige	52	53	41	86	57
30- bis 44-Jährige	60	62	55	93	63
45- bis 59-Jährige	67	66	54	91	67
60 Jahre und älter	61	64	64	96	74

Während 2012 die Tarifaueinandersetzungen und die Streiks die Berichterstattung beherrschten, haben die Befragten 2013 vor allem Berichte über Besoldungsfragen im öffentlichen Dienst wahrgenommen (23 %). Jeweils rund ein Zehntel der Befragten hat Berichte über Streiks im öffentlichen Dienst (10 %), die Tarifverhandlungen (10 %) oder Berichte über Lehrer (12 %) wahrgenommen.

Die öffentlich Bediensteten haben insbesondere Berichte über Besoldungsprobleme (40 %) sowie die Tarifrunde (21 %) wahrgenommen.

### > Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst\*)

	Bevölkerung					öffentlich Bedienstete %
	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013**)	
Streik im öffentlichen Dienst	12	12	4	57	10	6
Tarifrunde, Tarifabschluss	24	25	8	41	10	21
allgemeine Besoldungsprobleme	12	4	5	1	23	40
Altersvorsorge, Pensionen, Rente	–	10	6	3	7	7
Abbau von Beamtenstellen, längere Arbeitszeit	–	10	10	2	5	8
Berichte über:						
Gewerkschaftsarbeit	–	–	1	3	2	3
Landesregierung, -verwaltung	–	–	–	–	4	3
Lehrer	7	5	6	2	12	10
Polizei	3	2	4	2	4	2
Sicherer Job, Vergünstigungen	–	7	8	2	3	4
generell negative Berichte	11	9	5	2	6	3
weiß nicht mehr	15	14	16	3	11	5

\*) Basis: Diejenigen, die etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen haben

\*\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

## 1.2 Das Beamtenprofil

Während im letzten Jahr das in den Jahren zuvor tendenziell immer positivere Bild der Beamten wegen der nicht sonderlich positiv bewerteten Streiks im öffentlichen Dienst etwas eingetrübt wurde, werden 2013 die meisten positiven Eigenschaften den Beamten wieder häufiger zugeordnet als 2012. So bezeichnen 79 Prozent der Bundesbürger die Beamten als pflichtbewusst, 76 Prozent als verantwortungsbewusst, 72 Prozent als zuverlässig und jeweils 68 Prozent als kompetent bzw. rechtschaffen. Als hilfsbereit stufen 65 Prozent, als unbestechlich 46 Prozent und als flexibel 34 Prozent die Beamten ein. Allerdings halten 2013 auch etwas mehr Bürger als 2012 die Beamten für stur (46 %) oder arrogant (36 %). 16 Prozent halten die Beamten für überflüssig.

Vergleicht man das aktuelle Beamtenprofil mit dem des ersten „Öffentlicher-Dienst-Monitors“ im Jahr 2007, dann zeigt sich, welche positive Verschiebung das Beamtenprofil in den letzten sechs Jahren erfahren hat. Alle positiven Eigenschaften werden den Beamten 2013 häufiger, alle negativen seltener zugerechnet als 2007.

### > Beamtenprofil 2013: Fremdbild

	Bevölkerung					Prozentdifferenz 2007-2013
	2007 %	2009 %	2011 %	2012 %	2013 %	
pflichtbewusst	75	78	80	76	79	+ 4
verantwortungsbewusst	70	72	77	74	76	+ 6
zuverlässig	66	70	74	70	72	+ 6
kompetent	59	64	66	67	68	+ 9
rechtschaffen	67	70	71	68	68	+ 1
hilfsbereit	57	66	67	66	65	+ 8
unbestechlich	37	45	46	43	46	+ 9
flexibel	28	34	31	31	34	+ 6
stur	54	48	47	44	46	- 8
arrogant	41	33	36	33	36	- 5
mürrisch	-	-	-	31	32	-
ungerecht	26	20	19	17	17	- 9
ängstlich	20	20	21	18	17	- 3
schlecht	-	-	8	6	5	-
überflüssig	24	20	20	19	16	- 8

Auch 2013 ist das Selbstbild der Beamten deutlich freundlicher als das Beamtenprofil der Bevölkerung insgesamt. Die positiven Eigenschaften ordnen sich die Beamten wieder deutlich häufiger, die negativen Eigenschaften deutlich seltener zu als die Bürger insgesamt.

### > Beamtenprofil 2013: Eigenbild

	Beamte					
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013 %
pflichtbewusst	93	94	93	96	93	92
verantwortungsbewusst	92	94	92	93	95	91
zuverlässig	90	93	93	93	92	91
rechtschaffen	86	87	90	92	90	85
kompetent	84	86	86	89	90	87
hilfsbereit	84	85	83	86	86	87
unbestechlich	68	73	71	73	76	75
flexibel	52	58	54	51	60	51
stur	36	26	32	28	27	28
mürrisch	–	–	–	–	17	18
arrogant	19	14	17	14	11	14
ängstlich	21	20	24	21	21	19
ungerecht	9	5	8	5	5	4
schlecht	–	–	3	2	2	2
überflüssig	8	8	8	6	6	8

Die Bürger in den neuen Ländern haben auch 2013 – wie bereits in den Vorjahren - ein weniger positives Bild von den Beamten als die Bürger in den alten Ländern. Allerdings halten die Ostdeutschen die Beamten in ähnlichem Maße wie die Westdeutschen für hilfsbereit und unbestechlich und sogar häufiger als die Westdeutschen für flexibel.

Das Beamtenprofil der unter 30-Jährigen ist im Vergleich zu dem der über 60-Jährigen durchweg positiver. Lediglich die Eigenschaften mürrisch und ungerecht ordnen die unter 30-Jährigen den Beamten etwas häufiger zu als die über 60-Jährigen.

### > Beamtenprofil 2013: Ost und West, Junge und Alte

	Ost	West	14- bis 29-Jährige	über 60-Jährige
	%	%	%	%
pflichtbewusst	73	80	88	76
verantwortungsbewusst	69	77	86	75
zuverlässig	63	73	77	70
kompetent	65	69	81	62
rechtschaffen	57	70	73	64
hilfsbereit	66	65	81	58
unbestechlich	46	46	53	45
flexibel	42	32	45	32
stur	52	45	40	48
arrogant	43	35	34	38
mürrisch	32	32	32	27
ungerecht	20	17	18	14
ängstlich	17	17	9	17
schlecht	7	5	3	4
überflüssig	24	15	10	15

2007 glaubten 13 Prozent, dass das Ansehen der Beamten in der Bevölkerung hoch sei. 47 Prozent schätzten das Ansehen der Beamten als niedrig ein. 2013 hat sich diese Einschätzung geändert: Nur noch 34 Prozent halten das Ansehen der Beamten für niedrig, 19 Prozent meinen, das Ansehen der Beamten sei hoch.

Das persönliche Ansehen der Beamten ist zwischen 2007 und 2013 ebenfalls immer besser geworden. 2007 hatten die Beamten bei 28 Prozent der Befragten selbst ein hohes Ansehen. 2013 ist der Anteil auf 38 Prozent gestiegen. Umgekehrt ist der Anteil derer, bei denen die Beamten ein niedriges Ansehen haben, von 24 Prozent 2007 auf 17 Prozent im Jahr 2013 zurückgegangen.

### > Einschätzung des Ansehens der Beamten

		eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
		hoch %	niedrig*) %	hoch %	niedrig*) %
insgesamt:	2007	13	47	28	24
	2008	13	44	27	20
	2009	14	40	31	20
	2010	13	42	30	19
	2011	15	39	32	18
	2012	16	37	35	19
	2013	19	34	38	17
Arbeiter		17	35	26	26
Angestellte		15	32	32	14
Selbständige		20	50	25	31
Behördenkontakt:	häufig	17	35	37	16
	selten	23	31	37	18

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“



Wie bereits in den vorangegangenen Untersuchungen wurden die Befragten auch 2013 gebeten anzugeben, wie hoch – neben den Beamten – auch verschiedene andere Berufe bei ihnen angesehen sind.

An der generellen Rangfolge hat sich auch 2013 im Prinzip wenig geändert: Der Feuerwehrmann genießt unverändert das höchste Ansehen, gefolgt von Kranken- und Altenpflegern und Ärzten.

Das Ansehen der Beamten ist 2013 weiter angestiegen und hat sich seit 2007, dem ersten „Öffentlicher-Dienst-Monitor“, von 27 um 13 Prozentpunkte auf aktuell 40 Prozent verbessert. 2007 hatten nur fünf Berufsgruppen ein schlechteres Ansehen als die Beamten. 2013 sind es neun Berufsgruppen, die ein geringeres Ansehen als die Beamten haben.

Ein höheres Ansehen als im Vorjahr verzeichnen auch die Unternehmer (+ 6 Prozentpunkte) und die Mitarbeiter von Werbeagenturen (die aber neben den Versicherungsvertretern und den Mitarbeitern einer Telefongesellschaft auch 2013 zu den drei Berufsgruppen mit dem geringsten Ansehen gehören).

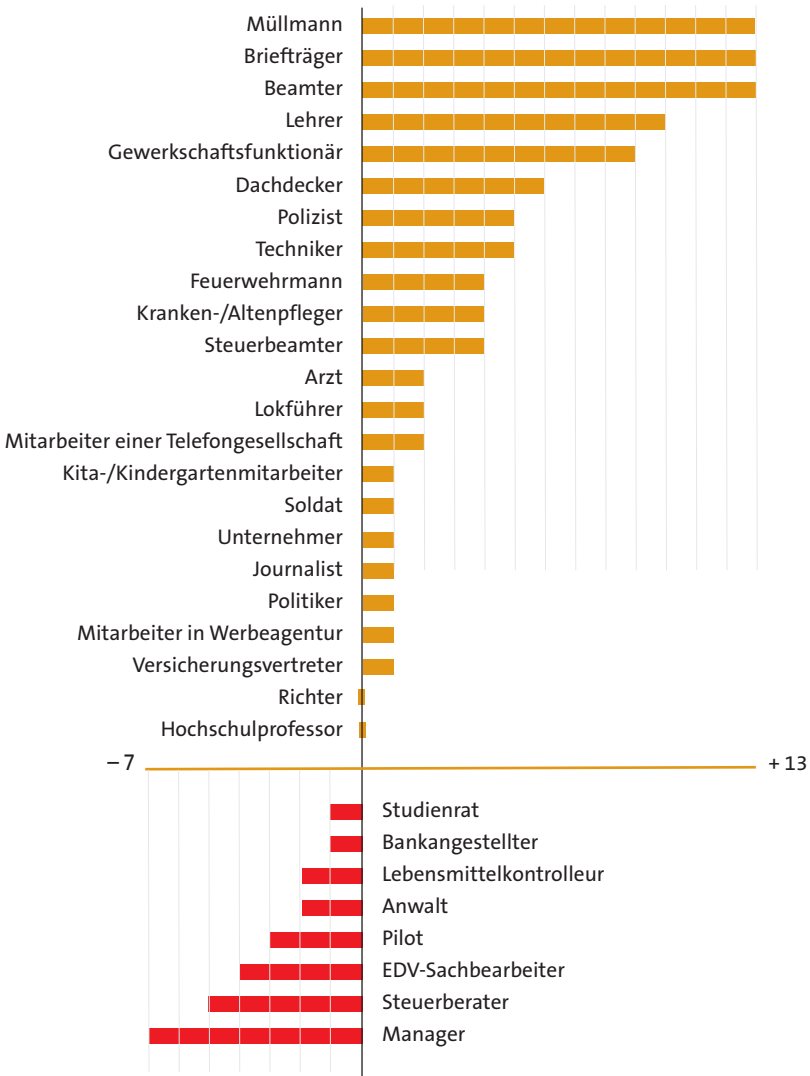
Verschlechtert hat sich 2013 im Vergleich zum Vorjahr das Ansehen der Lokführer und Lebensmittelkontrolleure (jeweils - 4 Prozentpunkte) sowie der Kita-Mitarbeiter, der Polizisten und der Briefträger (jeweils – 3 Prozentpunkte).

## > Ansehen einzelner Berufsgruppen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2012 – 2013
	%	%	%	%	%	%	
Feuerwehrmann	91	93	92	94	95	94	-1
Kranken-/Altenpfleger	86	88	88	90	91	89	-2
Arzt	85	84	84	87	89	88	-1
Kita-/Kindergartenmitarbeiter	–	–	–	83	87	84	-3
Polizist	78	78	80	84	86	83	-3
Pilot	85	86	84	81	83	82	-1
Richter	79	78	80	77	79	77	-2
Müllmann	64	67	66	76	79	76	-2
Hochschulprofessor	–	–	–	–	74	74	0
Lehrer	63	67	66	69	73	73	0
Techniker	63	64	64	67	69	68	-1
Lokführer	65	67	69	66	71	67	-4
Briefträger	54	59	57	63	68	65	-3
Dachdecker	57	62	60	63	66	64	-2
Soldat	–	–	–	62	61	63	+2
Unternehmer	60	58	58	58	56	62	+6
Lebensmittelkontrolleur	–	–	–	62	64	60	-4
Anwalt	60	58	57	54	56	56	0
Studienrat	52	53	54	52	56	52	-2
Journalist	45	46	45	46	46	48	+2
Steuerberater	47	47	44	43	43	42	-1
Beamter	31	33	32	34	36	40	+4
EDV-Sachbearbeiter	41	39	39	40	41	39	-2
Bankangestellter	41	36	32	37	36	37	0
Steuerbeamter	31	32	35	32	32	32	0
Gewerkschaftsfunktionär	25	28	28	27	30	32	+2
Manager	36	28	29	30	29	30	+1
Politiker	21	23	23	18	19	21	+2
Mitarbeiter einer Telefongesellschaft *)	14	16	16	17	19	19	0
Mitarbeiter in Werbeagentur	17	16	14	14	15	19	+4
Versicherungsvertreter	12	12	10	11	11	12	+1

\*) bis 2011: Telekom-Mitarbeiter

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



Ostdeutsche und Westdeutsche unterscheiden sich nach wie vor in ihrer Einschätzung des Ansehens einzelner Berufsgruppen.

Ein höheres Ansehen bei Ostdeutschen als bei Westdeutschen genießen Kita- bzw. Kindergartenmitarbeiter, Müllmänner, Lehrer, Lokführer, Dachdecker und Briefträger, Studienräte, Gewerkschaftsfunktionäre sowie Mitarbeiter von Telefongesellschaften.

Polizisten und Manager haben hingegen bei Westdeutschen ein höheres Ansehen als bei Ostdeutschen.

Auch Beamte und Tarifbeschäftigte unterscheiden sich teilweise deutlich in der Einschätzung des Ansehens einzelner Berufsgruppen.

Bei Beamten haben Ärzte, Richter, Hochschulprofessoren, Lehrer, Studienräte, Beamte und Steuerbeamte ein höheres Ansehen als bei Tarifbeschäftigten. Bei denen wiederum haben Müllmänner, Lokführer, Dachdecker, Briefträger und Soldaten, Anwälte, EDV-Sachbearbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre und Mitarbeiter von Telefongesellschaften ein höheres Ansehen als bei den Beamten.

## > Ansehen einzelner Berufsgruppen

	Bevölkerung		öffentlich Bedienstete	
	Ost	West	Tarif- beschäftigte	Beamte
	%	%	%	%
Feuerwehrmann	96	94	97	95
Kranken-/Altenpfleger	91	89	95	92
Arzt	89	87	81	87
Kita-/Kindergartenmitarbeiter	94	82	87	85
Polizist	78	84	86	87
Pilot	82	83	80	78
Richter	74	78	75	85
Müllmann	88	74	81	73
Hochschulprofessor	74	75	64	77
Lehrer	86	70	65	72
Techniker	72	66	62	64
Lokführer	85	62	73	63
Dachdecker	75	62	67	60
Briefträger	77	63	67	57
Soldat	67	63	61	52
Lebensmittelkontrolleur	64	59	60	55
Unternehmer	60	62	50	48
Anwalt	56	55	51	35
Studienrat	61	52	46	56
Journalist	47	48	46	43
Steuerberater	41	43	36	35
EDV-Sachbearbeiter	44	39	38	32
Beamter	41	40	31	53
Bankangestellter	47	35	27	23
Steuerbeamter	31	32	24	36
Manager	25	31	18	20
Gewerkschaftsfunktionär	41	30	28	22
Politiker	18	22	15	13
Mitarbeiter einer Telefongesellschaft	24	17	17	9
Mitarbeiter in Werbeagentur	20	19	13	8
Versicherungsvertreter	10	13	7	4

## 1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden wie schon in den letzten sechs Jahren auch 2013 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zu jeder Aussage wurde der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung ermittelt.

Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen sechs Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Von der Notwendigkeit eines starken Staats mit einer starken öffentlichen Verwaltung sind 2013 wie schon in den Vorjahren über 80 Prozent aller Bundesbürger überzeugt. Und unverändert meinen auch über 60 Prozent, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen garantiert.

Bei der Beurteilung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung überwiegen allerdings auch 2013 weiterhin die eher kritischen Urteile. So meinen 77 Prozent, die Verwaltung sei zu schwerfällig, 70 Prozent sehen die Freiheit des einzelnen Bürgers durch immer mehr Vorschriften und Regulierungen immer stärker eingeschränkt und jeweils 68 Prozent sind der Meinung, die öffentliche Verwaltung sei zu aufgebläht und koste zu viel bzw. es werde generell zu viel verwaltet und zu wenig der Eigeninitiative

der Bürger überlassen. Der Anteil der skeptischen Wertungen ist allerdings im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen.

Etwas angestiegen ist der Anteil derer, die der Verwaltung bescheinigen, heute bürgerfreundlicher als früher zu sein.

Weitgehend unverändert ist in den letzten Jahren der Anteil derer geblieben, die der öffentlichen Verwaltung bescheinigen, generell weniger leistungsfähig zu sein als private Unternehmen (das meinen 62 Prozent).

### > Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2009	2010	2011	2012	2013
		%	%	%	%	%
<b>Notwendigkeit:</b>						
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja	82	80	81	83	81
	nein	17	19	18	17	19
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja	61	58	61	61	62
	nein	38	40	37	38	37
<b>Effizienz:</b>						
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja	76	75	77	75	68
	nein	22	23	21	22	30
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja	78	81	81	81	77
	nein	19	16	16	16	21
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja	76	74	75	74	70
	nein	23	25	24	26	30
– „Es wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja	72	73	74	72	68
	nein	27	26	26	27	30
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja	63	62	66	64	67
	nein	28	32	30	30	28
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja	36	33	33	35	34
	nein	60	63	64	62	62

## 1.4 Einschätzung der Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen

Wie bereits 2011 und 2012 wurden die Befragten auch 2013 gebeten, 18 öffentliche Einrichtungen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen und in ihrer Arbeit mit Schulnoten von 1 bis 6 zu benoten.

Nach wie vor werden von nahezu allen Befragten Schulen, Krankenhäuser, die Polizei, Kindergärten, Fachhochschulen bzw. Universitäten, Gerichte, die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr und Lebensmittelüberwachungs- bzw. Veterinärämter für wichtig erachtet. Als am wenigsten wichtig werden von den Befragten Museen, Landesministerien sowie vor allem die Landesmedienanstalten eingestuft.

Bei der Bewertung der einzelnen Behörden anhand von Schulnoten wird die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr mit 2,0 am besten bewertet. Am schlechtesten schneiden Arbeitsämter (3,2), Landes- und Bundesministerien (3,0 bzw. 2,9) sowie Landesmedienanstalten (2,9) ab.

Insgesamt zeigen sich bei der Bewertung der einzelnen Einrichtungen der öffentlichen Hand im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen.

### > Wichtigkeit und Bewertung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand

	wichtig	unwichtig*)	Bewertung**)		
	%	%	2011	2012	2013
Schulen	99	0	2,4	2,4	2,5
Krankenhäuser	99	0	2,2	2,2	2,3
Polizei/Kriminalpolizei	98	1	2,1	2,1	2,2
Kindergärten	97	1	2,0	2,0	2,1
Fachhochschulen/Universitäten	96	1	2,2	2,2	2,2
Gerichte	96	1	2,4	2,4	2,4
Straßenreinigung/Müllabfuhr	95	1	2,0	2,0	2,0
Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter	94	2	2,6	2,6	2,7
Sozialämter	87	4	2,8	2,8	2,8
Stadt-/Gemeindeverwaltung	84	6	2,6	2,6	2,6
Arbeitsämter	79	10	3,2	3,1	3,2
Finanzämter	78	9	2,7	2,7	2,7
Bibliotheken	75	10	2,3	2,3	2,3
Bundesministerien	73	10	3,0	2,9	2,9
Hallenbäder/Freibäder	71	10	2,5	2,5	2,5
Museen	69	13	2,3	2,3	2,3
Landesministerien	61	16	3,0	3,0	3,0
Landesmedienanstalten	48	24	2,9	2,9	2,9

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders wichtig noch besonders unwichtig“ bzw. „weiß nicht“

\*\*) Bewertung nach Schulnoten; dargestellt ist immer der Mittelwert



## 1.5 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Beschäftigten

2007 waren noch 40 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten der Ansicht, das Ansehen des öffentlichen Dienstes sei gering. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren um 11 Prozentpunkte auf aktuell 29 Prozent gefallen. Der Anteil derer, die das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit für groß halten, ist im gleichen Zeitraum um 5 Prozentpunkte von 18 auf 23 Prozent gestiegen.

### > Vermutetes Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist			
		groß %	„normal“ <sup>**</sup> %	gering <sup>*</sup> %	Index <sup>***</sup>
insgesamt:	2007	18	42	40	- 22
	2008	16	47	37	- 21
	2009	20	51	29	- 9
	2010	20	47	32	- 12
	2011	22	45	32	- 10
	2012	25	48	27	- 2
	2013	23	48	29	- 6
Beamte		18	51	30	- 12
Tarifbeschäftigte		26	45	28	- 2
Ost		22	52	25	- 3
West		23	47	30	- 7

\*) „normal“ = weder besonders groß, noch besonders gering

\*\*\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*\*) Index: Anteil „groß“ minus Anteil „gering“

An der Einschätzung der Einstellung zum öffentlichen Dienst hat sich seit dem ersten „Öffentlicher-Dienst-Monitor“ 2007 nichts geändert – nach wie vor ist nur eine Minderheit von 13 Prozent der öffentlich Bediensteten der Ansicht, die Einstellung zum öffentlichen Dienst sei in den letzten Jahren freundlicher geworden. 30 Prozent sehen eine negativere Einstellung zum öffentlichen Dienst und 55 Prozent sind der Ansicht, die Einstellung der Bevölkerung zum öffentlichen Dienst hätte sich nicht geändert.

### > Entwicklung der Einschätzung des öffentlichen Dienstes

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit ist in den letzten Jahren			
		freundlicher geworden	unverändert geblieben	unfreundlicher*) geworden	Index**)
		%	%	%	
insgesamt:	2007	14	54	32	- 18
	2008	16	50	34	- 18
	2009	16	56	28	- 12
	2010	14	51	34	- 20
	2011	16	52	30	- 14
	2012	16	57	26	- 10
	2013	13	55	30	- 17
Beamte		15	55	30	- 15
Tarifbeschäftigte		12	55	31	- 19
Ost		8	58	33	- 25
West		14	54	31	- 17

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*\*) Index: Anteil „freundlicher“ minus Anteil „unfreundlicher“

Dass die Medien über den öffentlichen Dienst alles in allem objektiv und neutral berichten, meinten 2007 lediglich 27 Prozent der Beamten und Tarifbeschäftigten. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und 2013 sind 43 Prozent (16 Prozentpunkte mehr als noch 2007) der Ansicht, die Medien würden objektiv und neutral über den öffentlichen Dienst berichten.

Nach wie vor ist allerdings eine Mehrheit der öffentlich Bediensteten (52 %) der Ansicht, die Berichterstattung über den öffentlichen Dienst in den Medien wäre nicht objektiv und eher unfreundlich.

Beamte meinen häufiger als Tarifbeschäftigte, dass die Medien nicht objektiv und unfreundlich über ihren Arbeitgeber berichten.

> **Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst**  
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem	
		objektiv und neutral	nicht objektiv und unfreundlich*)
		%	%
insgesamt:	2007	27	69
	2008	36	60
	2009	35	60
	2010	34	61
	2011	36	60
	2012	41	56
	2013	43	52
Beamte		36	61
Tarifbeschäftigte		48	47
Ost		41	55
West		43	52

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



A photograph taken from the driver's seat of a bus, looking out through the windshield. The view shows a road with a white dashed line, a dark car in the distance, and a line of trees. The interior of the bus, including the dashboard and a yellow steering wheel, is visible in the foreground. The text "Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst" is overlaid in blue on the left side of the image.

**Erfahrungen der Bürger  
mit dem öffentlichen Dienst**

## 2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

### 2.1 Inanspruchnahme der Behörden

Der Anteil derer, die Kontakte mit Behörden haben, ist seit Jahren konstant. So hatten auch im vergangenen Jahr wieder etwas mehr als drei Viertel aller Bürger Kontakt zu einer Behörde.

Die älteren, über 60 Jahre und die jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürger nehmen Behörden in geringerem Maße in Anspruch als die anderen Altersgruppen. Besonders häufig hatten wie in den Vorjahren die Selbständigen und die „Besserverdiener“ Kontakt mit Behörden.

#### › Behördenkontakte

	Es hatten im letzten Jahr Kontakt mit Behörden						
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	84	77	77	77	77	77	78
Ost	81	76	78	76	71	75	76
West	85	77	77	78	78	78	78
14- bis 29-Jährige	90	83	85	81	83	77	72
30- bis 44-Jährige	94	87	90	86	89	87	89
45- bis 59-Jährige	91	80	84	80	84	85	83
60 Jahre und älter	73	64	63	67	61	63	68
Arbeiter	94	70	72	72	72	73	70
Angestellte	94	85	86	85	86	86	87
Selbstständige	97	92	90	89	92	88	88
Rentner	69	62	62	63	58	62	65
„Arme“ *)	72	73	74	77	69	74	72
„Reiche“ **)	94	87	86	87	90	88	85

\*) Haushaltsnettoeinkommen unter € 1.000

\*\*\*) Haushaltsnettoeinkommen über € 3.000

Der Anteil derer, die häufig Kontakt (mindestens einmal im Monat) mit Behörden haben, ist ebenfalls in den letzten Jahren mit rund einem Viertel aller Bürger weitgehend konstant geblieben.

Wiederum haben auch 2013 die Selbständigen den intensivsten Kontakt mit den Behörden.

### > Häufigkeit der Behördenkontakte

	Es haben häufig Kontakt mit Behörden (mindestens 1 mal pro Monat)						
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013 %
insgesamt	28	25	23	24	26	25	24
Ost	36	31	25	26	26	27	24
West	27	23	23	24	27	25	24
14- bis 29-Jährige	34	32	28	28	31	25	25
30- bis 44-Jährige	37	31	27	29	34	32	30
45- bis 59-Jährige	36	24	30	27	31	31	29
60 Jahre und älter	15	16	14	15	15	15	17
Arbeiter	24	22	17	18	17	20	26
Angestellte	33	26	25	26	29	28	26
Selbständige	56	49	54	36	54	53	49
Rentner	13	14	12	15	12	13	15
„Arme“ *)	22	25	25	27	29	31	22
„Reiche“ **)	38	31	31	28	34	32	29

\*) Haushaltsnettoeinkommen unter € 1.000

\*\*) Haushaltsnettoeinkommen über € 3.000

Die meisten Kontakte hatten die Bürger auch im letzten Jahr mit der Kommunalverwaltung (64 %). Allerdings geht der Anteil der Bürger mit Kontakten zur kommunalen Verwaltung in den letzten Jahren laufend zurück. Im Vergleich zu den Jahren 2008, 2009 und 2010 ist seit 2011 der Anteil der Bürger angestiegen, die Kontakte zur Finanzverwaltung hatten. 2013 hatte jeder zweite Bürger mit der Finanzverwaltung zu tun – vielleicht ein Indikator dafür, dass das deutsche Steuersystem nicht einfacher und transparenter, sondern komplizierter und unüberschaubarer wird. Konstant bleibt der Anteil derer, die mit Rechts- und Ordnungsbehörden (Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft, etc.) und mit der Arbeitsverwaltung Kontakt hatten.

### > Behördenbesuche

Es hatten im letzten Jahr zu tun mit:	Bevölkerung insgesamt					
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013*)
Kommunalverwaltung	88	80	93	81	74	64
Finanzverwaltung	36	35	37	49	46	50
„Recht und Ordnung“	17	16	16	16	13	15
Arbeitsverwaltung	10	9	11	12	12	12

\*) Prozentsumme größer als 100 Prozent, da Mehrfachnennungen möglich



## 2.2 Bürger und Verwaltung

Wie auch schon in den Vorjahren haben die Bürger, die im letzten Jahr eine Behörde aufgesucht haben, mehrheitlich eher positive Erfahrungen gemacht.

Jeweils 87 Prozent wurden von den Mitarbeitern freundlich behandelt bzw. hielten sie für qualifiziert und gut ausgebildet. Bei 69 Prozent wurde ihre Angelegenheit sofort bearbeitet.

### > Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

(Basis: Behördenbesucher)

	Behördenbesucher*)					
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013*) %
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:						
– ja	64	68	69	69	69	69
– nein, man musste längere Zeit warten	34	30	29	29	30	29
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:						
– gut	82	86	83	84	84	87
– weniger gut, schlecht	14	11	13	14	14	12
Die Mitarbeiter waren freundlich:						
– ja	84	84	86	86	86	87
– nein	14	13	12	12	12	11

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen, die häufigeren Kontakt mit Behörden haben, beklagen sich eher als nur sporadische Behördenbesucher über die Behandlung bei den Behörden.

Schlechtere Noten als der Durchschnitt aller Behördenbesucher stellen im übrigen auch die Arbeiter und Selbständigen den Behörden aus.

Am zufriedensten sind mit der Behandlung bei den Behörden die älteren, über 60 Jahre alten Bürger.

### > Erfahrungen mit Behörden

(Basis: Behördenbesucher)

	Man musste längere Zeit warten %	Die Mitarbeiter waren:	
		unqualifiziert %	unfreundlich %
insgesamt	29	12	11
Behördenkontakt:	häufig	32	13
	selten	26	9
14- bis 29-Jährige	33	10	16
30- bis 44-Jährige	34	11	10
45- bis 59-Jährige	31	16	11
60 Jahre und älter	20	10	6
Arbeiter	45	18	18
Angestellte	31	10	11
Selbstständige	30	25	15
Ortsgröße (Einwohner):			
– unter 5.000	23	8	11
– 5.000 bis 20.000	26	12	11
– 20.000 bis 100.000	26	11	11
– 100.000 bis 500.000	35	15	7
– über 500.000	39	13	14





## **Staat und Privatisierung**

# 3. Staat und Privatisierung

## 3.1 Meinungen zur Rolle des Staates

Den Befragten wurden auch 2013 wieder zwei Aussagen über die Rolle des Staates in der globalisierten Gesellschaft vorgelegt. Die eine lautete, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat brauche, weil der Markt letztendlich schon alles richten werde. Die zweite lautete, dass man gerade in einer globalisierten Gesellschaft einen starken Staat brauche, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen müsse.

Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat brauche, stimmen 2013 noch 13 Prozent aller Bürger zu. Demgegenüber sind 76 Prozent der Meinung, dass ein starker Staat benötigt wird, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann.

### > Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...					
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten			... einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann		
	2007 %	2012 %	2013 %	2007 %	2012 %	2013 %
insgesamt	17	11	13	66	79	76
Beamte	7	4	6	74	85	80
Tarifbeschäftigte	14	8	7	74	81	79
Arbeiter	22	20	22	70	77	78
Angestellte	18	10	10	66	78	77
Selbstständige	24	18	18	55	70	60
Ost	21	12	12	67	83	80
West	16	11	13	66	78	75

Während die Mehrheit der Bürger einen starken Staat befürwortet, glaubt nur eine Minderheit, dass der Staat noch mächtig genug ist, sich gegen die Interessen global operierender Konzerne und Banken durchsetzen zu können.

Diese Einschätzung ist seit 2010 gleich geblieben.

> Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

		Der Staat kann sich noch gegen die Interessen der international tätigen großen Konzerne durchsetzen	
		ja	nein, die Wirtschaft und Banken machen, was sie wollen*)
		%	%
insgesamt:	2008	20	76
	2009	28	68
	2010	23	73
	2011	23	74
	2012	23	74
	2013	23	74
	Beamte		24
Tarifbeschäftigte		20	76
Ost		21	76
West		24	73
Arbeiter		17	83
Angestellte		25	75
Selbstständige		19	75

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der ungebrochen starke Wunsch nach einem starken Staat führt auch dazu, dass der Anteil der Bürger, die der Meinung sind, es gäbe in Deutschland zu viel staatliche Bürokratie, in den letzten drei Jahren kontinuierlich zurückgeht. 2013 glauben dies noch 55 Prozent. Angestiegen ist hingegen der Anteil derer, die das Ausmaß der staatlichen Bürokratie für ausgewogen und richtig halten (von 33 Prozent in den Jahren 2010 und 2011 auf 39 Prozent im Jahr 2013).

Bürger mit häufigen Behördenkontakten beklagen allerdings in höherem Maße ein zuviel an Bürokratie als diejenigen ohne intensive Behördenerfahrung.

### > Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

		Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland		
		zu viel %	gerade richtig %	zu wenig *)
insgesamt:	2007	69	24	4
	2008	62	28	6
	2009	53	40	4
	2010	60	33	5
	2011	60	33	5
	2012	57	35	6
	2013	55	39	4
Beamte		46	48	5
Tarifbeschäftigte		56	37	4
Arbeiter		62	35	3
Angestellte		61	34	4
Selbstständige		69	21	7
Behördenkontakt:	häufig	61	35	2
	selten	50	43	6

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinten 2007 noch 58 Prozent. 2013 ist dieser Anteil auf 43 Prozent gesunken. Die Mehrheit von 52 Prozent meint heute, dass dies nicht der Fall ist.

### > Meinungen zu den Kosten der Bürokratie

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja %	nein*) %
insgesamt:	2007	58	37
	2008	50	45
	2009	45	48
	2010	46	48
	2011	49	47
	2012	45	50
	2013	43	52
	Beamte		16
Tarifbeschäftigte		29	68
Arbeiter		68	32
Angestellte		40	55
Selbständige		55	39

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## 3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

In der öffentlichen Diskussion wird von manchen immer wieder eine über den bisherigen Umfang hinausgehende Privatisierung weiterer bislang staatlicher Dienstleistungen gefordert.

Trotz aller noch immer partiell geübten Kritik an der Bürokratie teilten viele Bürger diesen Ruf nach mehr Privatisierung in den letzten sechs Jahren nicht. Diese Privatisierungs-Skepsis findet sich auch 2013 wieder.

Im aktuellen „Öffentlicher-Dienst-Monitor“ ist es für nahezu alle Bürger nicht vorstellbar, dass Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Eine große Mehrheit kann sich dies auch nicht von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, den Schulen und der Rentenversicherung vorstellen.

Eine Privatisierung der Dienstleistung können sich die Bürger auch 2013 am ehesten noch im Bereich der Müllentsorgung, der Energieversorgung, beim öffentlichen Nahverkehr sowie bei Theatern und Museen vorstellen.

## > Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen				
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben			könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden*)
	2007 %	2012 %	2013 %		
Polizei	97	98	98	1	1
Gerichtswesen	96	97	96	3	0
Strafvollzug	92	93	91	7	2
Finanzverwaltung	85	88	87	8	2
Feuerwehr	83	86	86	11	2
Schulen	76	85	80	17	2
Rentenversicherung	70	81	81	14	3
Hochschulen	66	77	78	19	2
Krankenhäuser	61	67	68	29	2
Arbeitsvermittlung/ -ämter	40	53	52	38	9
Müllentsorgung	41	48	48	44	8
Energieversorgung öffentlicher	40	48	53	37	8
Nahverkehr	39	44	41	48	10
Theater, Museen	33	33	35	52	12

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bei der Einschätzung der Leistungen der privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen ist auch 2013 die Mehrheit der Befragten nicht der Meinung, dass die Leistungen der abgefragten Unternehmen nach der Privatisierung besser geworden sind.

Bei der Telekommunikation und dem Paketdienst glauben zumindest einige (45 bzw. 43 %), dass die Leistungen heute besser sind als beim früheren staatlichen Unternehmen Post.

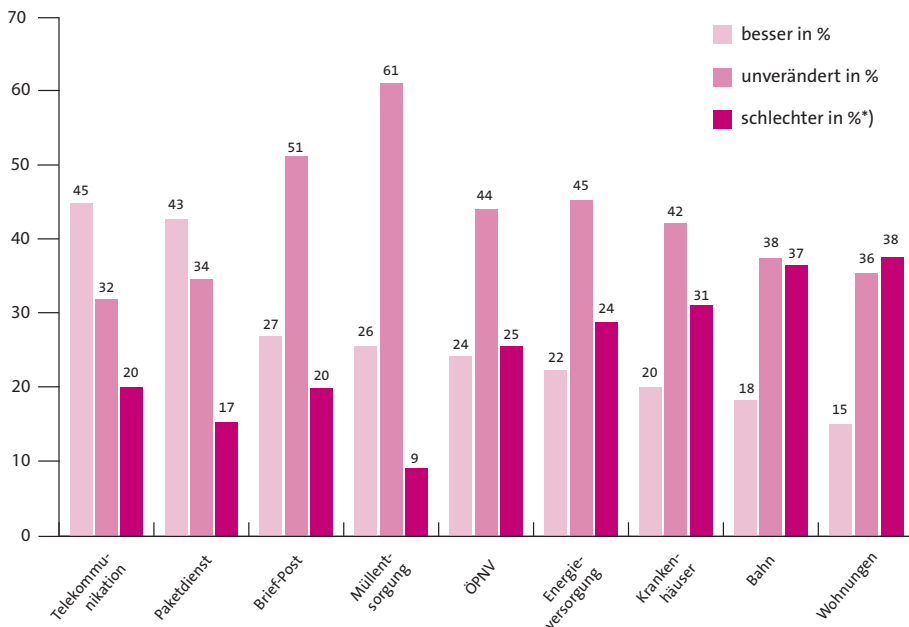
In den anderen Bereichen (Briefpost, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser und vor allem Bahn und Wohnungen) sieht die Mehrheit der Befragten keine Verbesserungen der Leistungen nach der Privatisierung.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch 2013 bei der Einschätzung der Kosten der privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen. Nur die Kosten der Telekommunikation sind nach Meinungen von 47 Prozent nach der Privatisierung niedriger als vorher; in allen anderen Bereichen sehen die Befragten mehrheitlich eine Kostensteigerung.

Gestiegen sind nach Einschätzung der Befragten vor allem die Kosten der Energieversorgung, der Bahn und der Verkehrsmittel im öffentlichen Nahverkehr sowie die Wohnungskosten.

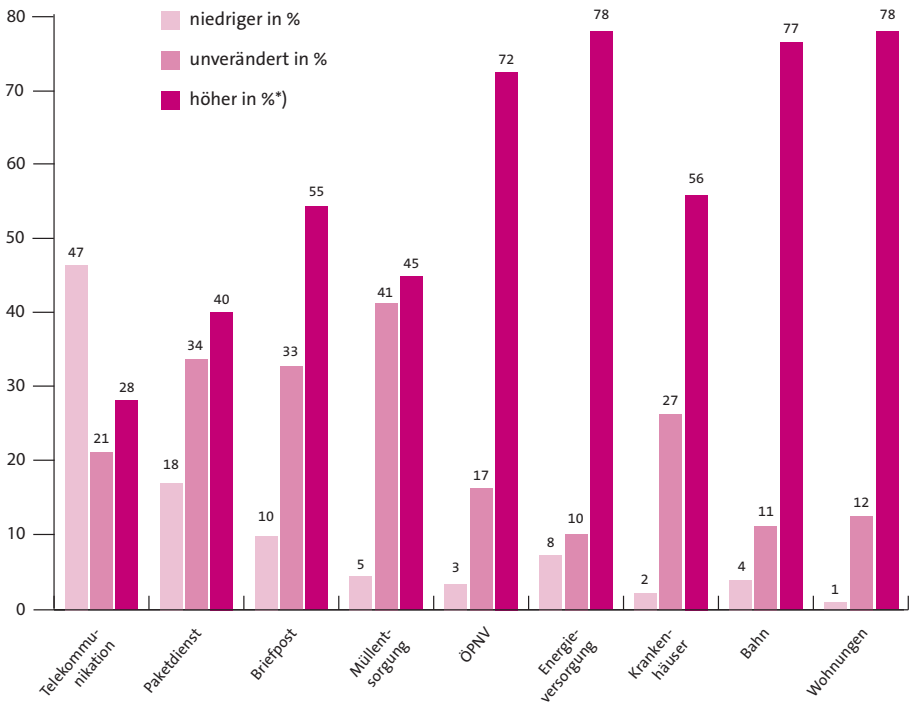
### > Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## Die Kosten sind nach der Privatisierung



\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der Anteil derer, die für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen sind, sinkt 2013 auf 12 Prozent. 60 Prozent halten das momentane Verhältnis öffentlicher und privater Dienstleistungen für richtig. 24 Prozent meinen, dass privatisierte Leistungen wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden sollten.

Für weitere Privatisierungen sprechen sich wie schon in den Vorjahren Selbständige sowie die Anhänger der FDP häufiger als der Durchschnitt aller Befragten aus.

### > Meinungen zu weiteren Privatisierungen

		Es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden	Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt	Privatisierte*) Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden
		%	%	%
insgesamt:	2007	24	50	19
	2008	18	52	25
	2009	17	50	29
	2010	17	52	27
	2011	17	53	26
	2012	17	51	27
	2013	12	60	24
	Beamte		15	54
Tarifbeschäftigte		12	56	29
Arbeiter		10	56	28
Angestellte		16	62	19
Selbstständige		22	45	29
Anhänger der:	CDU/CSU	14	60	22
	FDP	24	60	16
	SPD	5	64	28
	Grünen	16	62	20
	Linke	11	31	53

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“









## **Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen**

# 4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

## 4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

An der Einschätzung zur Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst hat sich seit 2007 wenig geändert: Nach wie vor ist die große Mehrheit der öffentlich Bediensteten der Ansicht, ihre Einkommen seien im Vergleich zu denen in der freien Wirtschaft weniger stark gestiegen.

Eine positive Entwicklung der Einkommenssituation sehen Beamte und Tarifbeschäftigte in Ostdeutschland etwas häufiger als ihre „Kollegen“ in Westdeutschland.

### > Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen	in gleichem Maße gestiegen	weniger stark gestiegen*)
		%	%	%
Insgesamt:	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
	2010	5	15	76
	2011	7	14	77
	2012	4	8	85
	2013	6	12	85
Beamte		7	14	75
Tarifbeschäftigte		3	9	85
Ost		14	19	64
West		5	11	82

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## 4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Wie bereits im Vorjahr sind 71 Prozent der öffentlich Bediensteten mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden, 12 Prozent unzufrieden.

### > Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen	
		zufrieden %	unzufrieden*) %
insgesamt:	2007	65	20
	2008	64	16
	2009	68	14
	2010	72	14
	2011	75	11
	2012	71	12
	2013	71	12
Beamte		70	11
Tarifbeschäftigte		71	13
Ost		70	9
West		71	13
14- bis 29-Jährige		71	8
30- bis 44-Jährige		71	11
45- bis 59-Jährige		71	13
60 Jahre und älter		71	13

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

Die Arbeitsbedingen im öffentlichen Dienst haben sich nach Ansicht von 18 Prozent der öffentlich Bediensteten in den letzten Jahren verbessert, nach Meinung von 44 Prozent allerdings verschlechtert.

Tarifbeschäftigte sehen etwas häufiger als Beamte und Ostdeutsche etwas häufiger als Westdeutsche eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

**> Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren**  
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren		
		verbessert	verschlechtert	sind unverändert geblieben*)
		%	%	%
insgesamt:	2007	24	47	27
	2008	18	46	34
	2009	22	40	30
	2010	23	40	35
	2011	23	38	37
	2012	21	40	37
	2013	18	44	37
Beamte		15	49	36
Tarifbeschäftigte		20	40	38
Ost		24	37	39
West		17	45	37
14- bis 29-Jährige		23	25	47
30- bis 44-Jährige		17	39	43
45- bis 59-Jährige		18	46	35
60 Jahre und älter		17	49	33

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

53 Prozent sehen ihre Arbeit durch ihren Vorgesetzten als ausreichend gewürdigt an. 45 Prozent hingegen wünschen sich manchmal mehr Anerkennung.

Mehr Anerkennung wünschen sich vor allem die öffentlich Bediensteten in den neuen Ländern.

**> Anerkennung durch Vorgesetzte**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeit wird durch den Vorgesetzten in ausreichender Weise gewürdigt	
		ja	nein, es wünschen sich mehr Anerkennung*)
		%	%
insgesamt:	2007	59	41
	2008	53	46
	2009	56	43
	2010	60	39
	2011	59	40
	2012	56	42
	2013	53	45
Beamte		55	43
Tarifbeschäftigte		52	46
Ost		44	55
West		55	44
14- bis 29-Jährige		61	36
30- bis 44-Jährige		56	43
45- bis 59-Jährige		52	47
60 Jahre und älter		51	46

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nachdem der Anteil derer, die den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger für attraktiv hielten, in den vergangenen drei Jahren etwas zurückgegangen ist, steigt er 2013 wieder etwas an.

Tarifangehörige halten den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger häufiger für attraktiv als Beamte, und Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche.

### > Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv %	nicht so attraktiv %	unattraktiv*) %
insgesamt:	2008	57	33	10
	2009	60	30	10
	2010	63	28	8
	2011	61	31	7
	2012	57	33	9
	2013	60	29	9
	Beamte		54	34
Tarifbeschäftigte		65	26	8
Ost		69	23	6
West		59	30	9
14- bis 29-Jährige		60	35	5
30- bis 44-Jährige		66	24	9
45- bis 59-Jährige		59	31	9
60 Jahre und älter		56	32	10

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

57 Prozent der öffentlich Bediensteten halten 2013 die Bezahlung der Anwärter und Auszubildenden im öffentlichen Dienst für angemessen. Für zu niedrig halten die Bezahlung der Anwärter und Auszubildenden im öffentlichen Dienst 2013 29 Prozent.

### > Meinung zur Bezahlung der Anwärter und Auszubildenden

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Die Anwärter und Auszubildenden im öffentlichen Dienst werden bezahlt		
	angemessen	zu niedrig	zu hoch*)
	%	%	%
insgesamt	57	29	4
Beamte	58	33	3
Tarifbeschäftigte	56	27	5
Ost	62	19	6
West	56	31	4
14- bis 29-Jährige	57	37	4
30- bis 44-Jährige	60	29	3
45- bis 59-Jährige	57	27	5
60 Jahre und älter	50	36	4

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Aufstiegs- und Karrierechancen werden nach wie vor von den öffentlich Bediensteten im Vergleich zur Privatwirtschaft als eher schlechter eingeschätzt (66 %). 24 Prozent sind der Meinung, die Aufstiegs- und Karrierechancen wären genauso gut, lediglich 8 Prozent halten sie für besser als in der Privatwirtschaft.

Diese Einschätzung hat sich in den vergangenen Jahren kaum geändert.

### > Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser	genauso	schlechter*)
		%	%	%
insgesamt:	2008	7	23	70
	2009	7	26	64
	2010	8	22	68
	2011	10	28	60
	2012	8	26	65
	2013	8	24	66
	Beamte		5	20
Tarifbeschäftigte		10	27	61
Ost		11	35	52
West		8	22	68
14- bis 29-Jährige		13	24	61
30- bis 44-Jährige		8	25	66
45- bis 59-Jährige		8	24	65
60 Jahre und älter		5	21	70

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Die Mehrheit der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (55 %) sieht ihren Arbeitgeber beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften gegenüber der Privatwirtschaft im Nachteil. 22 Prozent sehen ihren Arbeitgeber im Vorteil, 23 Prozent weder im Vor- noch im Nachteil.

Von denen, die den öffentlichen Dienst beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte im Vorteil sehen, geben 78 Prozent als Grund hierfür die höhere „Sicherheit“ der Arbeitsverhältnisse an. Die Sicherheit der Arbeitsverhältnisse sehen Beamte häufiger als Tarifbeschäftigte als Vorteil. Mit deutlichem Abstand folgen die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen, die Vielfalt und Aufstiegsmöglichkeiten, die generelle Attraktivität sowie der Status bzw. die öffentliche Wertschätzung.

Diejenigen, die den öffentlichen Dienst im Nachteil sehen, nennen zuerst mit 52 Prozent die „schlechtere Entlohnung“ als Hauptgrund. Mit etwas Abstand folgt mit 34 Prozent das Argument der „mangelnden Vielfältigkeit bzw. Karrieremöglichkeiten“ im Vergleich zur Privatwirtschaft. In der mangelnden Flexibilität, generellen Unattraktivität sowie mangelnden Kommunikation des öffentlichen Dienstes sehen nur wenige den Grund dafür, dass der öffentliche Dienst beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften im Nachteil ist.

› **Einschätzungen zur Stellung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	insgesamt	Beamte	Tarif- beschäftigte
	%	%	%
Beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräften ist der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft			
<b>im Vorteil, wegen:*)</b>	22	19	24
– Sicherheit	78	82	76
– Entlohnung	13	10	14
– Arbeitsbedingungen	12	12	12
– Vielfalt und Aufstiegsmöglichkeiten	8	6	9
– generelle Attraktivität	3	2	3
– Status	2	2	1
<b>im Nachteil, wegen:**)</b>	55	61	50
– schlechtere Entlohnung	52	52	51
– nicht so vielfältig und weniger Karieremöglichkeiten	34	37	32
– mangelnde Flexibilität	14	13	14
– geringerer Status	13	15	12
– mangelnde Kommunikation des öffentlichen Dienstes	10	8	12
– generelle Unattraktivität	8	7	9
– schlechtere Arbeitsbedingungen	8	7	8
– wachsende Unsicherheit im öffentlichen Dienst	6	5	7
weder noch	23	20	26

\*) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Vorteil sehen

\*\*) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Nachteil sehen





## Jugendliche und Beruf



# 5. Jugendliche und Beruf

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme wurden im Rahmen der Bürgerbefragung 2012 wiederum 14- bis 18-jährige Jugendliche nach ihren Motiven für ihre anstehende Ausbildungs- und Berufswahl und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes befragt.

## 5.1. Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

Den Jugendlichen wurden 14 mögliche Motive für die persönliche Ausbildungs- und Berufswahl genannt und sie konnten mehrere mögliche Motive auswählen.

Für die meisten Jugendlichen sind gute Weiterbildungsmöglichkeiten (91 %), ein sicherer Arbeitsplatz (88 %) und das Entfalten von Interessen und Neigungen (83 %) besonders wichtig bei der Entscheidung für eine Ausbildung bzw. einen Beruf.

64

Im Hinblick auf eine Berufswahl im öffentlichen Dienst spielen die einzelnen Motive für die Jugendlichen – mit Ausnahme der Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten sowie der Arbeit mit modernster Technik – eine etwas geringere Rolle als bei der generellen Berufswahl.

## > Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

(Basis: 14- bis 18-Jährige)

	Generelle Gründe für Ausbildungs- und Berufswahl	Gründe für Ausbildungs- und Berufswahl im öffentlichen Dienst	Prozent- differenz*)
	%	%	
gute Weiterbildungs- möglichkeiten	91	79	+ 12
sicherer Arbeitsplatz	88	84	+ 4
Interessen und Neigungen entfalten	83	56	+ 27
viel Geld verdienen	79	48	+ 31
hochwertige Arbeit leisten	76	73	+ 3
Führungsverantwortung übernehmen	77	71	+ 6
Zusammenarbeit mit anderen Menschen	74	67	+ 7
erfinderisch und kreativ arbeiten	71	31	+ 40
Nähe zur Familie	67	45	+ 22
Verantwortung übernehmen	63	57	+ 6
aufsteigen und Karriere machen	62	62	0
Anerkennung bei Freunden finden	55	32	+ 23
mit modernster Technik arbeiten	38	41	- 3
irgendwann eigenes Unternehmen gründen	26	20	+ 6

\*) Prozentdifferenz = Anteil „generelle Gründe“ minus Anteil „Gründe öffentlicher Dienst“

## 5.2 Öffentlicher Dienst als potenzieller Arbeitgeber

Für 62 Prozent der Jugendlichen kommt eine Ausbildung oder ein späterer Berufseinstieg im öffentlichen Dienst in Betracht, 34 Prozent schließen das aus.

56 Prozent der 14- bis 18-Jährigen, die sich eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst vorstellen können, haben bereits eine Vorstellung davon, welche spezielle Behörde oder öffentliche Einrichtung sie interessiert. 40 Prozent haben keine konkrete Vorstellung.

63 Prozent der Jugendlichen, für die der öffentliche Dienst als Arbeitgeber in Betracht kommt, sagen, ihre Freunde hätten positiv auf ihre Überlegungen reagiert, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Keiner berichtet von negativen Reaktionen ihrer Freunde.







**Politische Stimmung im öffentlichen Dienst**

## 6. Politische Stimmung im öffentlichen Dienst

Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst 2013 wurden die Beamten und Tarifbeschäftigten des öffentlichen Diensts zu ihrer Einschätzung der Problemlösungskompetenz der Parteien in verschiedenen Politikbereichen wie z.B. der Bildungs- und Schulpolitik oder der Finanz- und Steuerpolitik befragt.

Im Bereich Bildungs- und Schulpolitik sind 31 Prozent der Ansicht, die SPD könne die Probleme am besten lösen. Von der Union glauben dies 29 Prozent, von den Grünen 15 Prozent. Beamte trauen eher der CDU/CSU, Tarifbeschäftigte eher der SPD die Lösung der Probleme in der Bildungs- und Schulpolitik zu.

Beim Problembereich innere Sicherheit bzw. Bekämpfung der Kriminalität trauen der Union 59 Prozent (Beamte: 69 %; Tarifbeschäftigte: 50 %) und nur 18 Prozent der SPD Kompetenz zu.

Für den Ausbau einer guten Infrastruktur kann nach Meinung von 41 Prozent die Union, nach Meinung von 23 Prozent die SPD und nach Ansicht von 13 Prozent die grüne Partei am besten sorgen.

Die Probleme der Finanz- und Steuerpolitik sehen 39 Prozent am besten von der Union, 27 Prozent von der SPD gelöst.

Bei sozialpolitischen Problemen kann nach Meinung von 52 Prozent am besten die SPD, nach Meinung von 15 Prozent die Union die besten Lösungen finden. 11 Prozent halten die Grünen für besonders kompetent in der Sozialpolitik.

In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik trauen der Union 40 Prozent die größte Kompetenz und der SPD 31 Prozent zu.

Insgesamt zeigt sich, dass Beamte häufiger der CDU/CSU, Tarifbeschäftigte eher der SPD Kompetenz in den verschiedenen Politikbereichen zutrauen.

## > Problemprioritäten

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Probleme kann am besten lösen					
		CDU/ CSU	SPD	Grüne	FDP	sonstige Partei	keine Partei
		%	%	%	%	%	%
Bildungs- und Schulpolitik	insgesamt	29	31	15	2	5	18
	Beamte	35	29	16	3	5	12
	Tarifbeschäftigte	24	33	14	2	5	22
innere Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität	insgesamt	59	18	3	1	1	18
	Beamte	69	14	3	1	1	12
	Tarifbeschäftigte	50	20	4	2	2	22
Ausbau einer guten Infrastruktur	insgesamt	41	23	13	3	0	20
	Beamte	47	22	11	2	1	17
	Tarifbeschäftigte	35	23	14	3	0	25
Finanz- und Steuerpolitik	insgesamt	39	27	6	5	4	19
	Beamte	43	27	8	6	4	12
	Tarifbeschäftigte	37	27	4	4	5	23
Sozialpolitik	insgesamt	15	52	11	2	8	12
	Beamte	15	58	9	1	7	10
	Tarifbeschäftigte	15	46	13	2	8	16
Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik	insgesamt	40	31	4	6	4	15
	Beamte	46	33	3	6	4	8
	Tarifbeschäftigte	36	30	5	5	3	21

Außerdem wurden die öffentlich Bediensteten auch nach ihrer Einschätzung gefragt, welche Parteien verschiedene Problemfelder des öffentlichen Dienstes am besten angehen können.

Nach Meinung von 25 Prozent der Beamten und 11 Prozent der Tarifbeschäftigten setzt sich die CDU/CSU in besonderem Maße für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst ein. 19 bzw. 25 Prozent meinen dies von der SPD. 50 Prozent der Beamten und 56 Prozent der Tarifbeschäftigten allerdings glauben dies von keiner Partei.

Dass die CDU/CSU am besten dafür sorgt, dass der öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit Anerkennung findet, meinen 29 Prozent der Beamten und 18 Prozent der Tarifbeschäftigten. Von der SPD meinen dies 12 bzw. 21 Prozent. Wiederum ist über die Hälfte der Befragten (54 bzw. 55 %) der Ansicht, keine Partei würde am besten für öffentliche Anerkennung und Ansehen des öffentlichen Dienstes sorgen.

Für eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Dienstes setzt sich nach Meinung von 31 Prozent der Beamten und 18 Prozent der Tarifbeschäftigten am stärksten die Union, nach Meinung von 17 bzw. 24 Prozent am stärksten die SPD ein. 48 bzw. 52 Prozent meinen, keine Partei würde sich dafür in ausreichendem Maße einsetzen.

### › Parteienkompetenz

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Es kann am besten sorgen für					
	eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst		Anerkennung und Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit		eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Dienstes	
	Beamte	Tarifbeschäftigte	Beamte	Tarifbeschäftigte	Beamte	Tarifbeschäftigte
	%	%	%	%	%	%
CDU/CSU	25	11	29	18	31	18
FDP	1	1	2	1	0	1
SPD	19	25	12	21	17	24
Grünen	2	3	1	3	3	3
Linke	2	3	1	1	1	1
sonstige	1	1	1	1	0	1
keine Partei	50	56	54	55	48	52

Würde der Bundestag schon im Juni und nicht erst im September neu gewählt, dann würde die Union bei den öffentlich Bediensteten mit 36 Prozent die meisten Stimmen erhalten. Zweitstärkste Partei würde aber nicht – wie bei den Wahlbürgern insgesamt – die SPD, sondern die Grünen würden mehr Stimmen als die Sozialdemokraten erhalten.

Die Linke käme auf 6, die FDP auf 3 und alle sonstigen Parteien (darunter die Piraten und die AfD mit jeweils 2 Prozent) auf 9 Prozent.

Die Union würde von Beamten eher als von den Tarifbeschäftigten gewählt, während die SPD von den Tarifbeschäftigten mehr Stimmen erhalten würde.

Bei einem Vergleich der Wahlabsicht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit der der wahlberechtigten Bürger insgesamt zeigt sich, dass die Union, FDP und Linke etwas geringere, die Grünen dafür eine deutlich höhere Zustimmung erhalten. Die SPD und die kleinen Splitterparteien würden die öffentlich Bediensteten in ähnlichem Maße wie die Wahlberechtigten insgesamt wählen.

### > Bundestagswahlabsicht

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	öffentlich Bedienstete insgesamt	Beamte	Tarif- beschäftigte	Bevölkerung*) insgesamt
	%	%	%	%
CDU/CSU	36	40	32	41
Grünen	24	23	25	15
SPD	22	20	24	22
Linke	6	5	7	8
FDP	3	4	3	5
Sonstige	9	8	9	9

\*) Umfrage im Auftrag von STERN und RTL im Juni 2013

Sollte nach der Bundestagswahl im September 2013 keine Partei alleine regieren können, sind 32 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für eine rot/grüne Koalition aus SPD und Grünen, 23 Prozent für eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD, 15 Prozent für eine Fortführung der derzeitigen schwarz-gelben Koalition und 12 Prozent für eine schwarz-grüne Koalition.

Die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höhere Präferenz der öffentlich Bediensteten für die grüne Partei führt bei der Koalitionspräferenz dazu, dass öffentlich Bedienstete häufiger als die Wahlberechtigten insgesamt eine rot/grüne Koalition aus SPD und Grüne und in geringerem Maße eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD befürworten.

### > Koalitionspräferenzen

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	öffentlich Bedienstete insgesamt	Beamte	Tarif- beschäftigte	Bevölkerung *) insgesamt
	%	%	%	%
SPD und Grüne	32	32	32	20
CDU/CSU und SPD	23	25	22	31
CDU/CSU und FDP	15	17	13	15
CDU/CSU und Grüne	12	11	13	11
CDU/CSU, FDP und Grüne	2	2	2	00
SPD, Grüne und FDP	2	1	2	00
<b>Regierung mit CDU-Beteiligung</b>	<b>52</b>	<b>55</b>	<b>50</b>	<b>00</b>
<b>Regierung mit SPD-Beteiligung</b>	<b>57</b>	<b>58</b>	<b>56</b>	<b>00</b>

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Koalition“ bzw. „weiß nicht“

\*\*) Umfrage im Auftrag von RTL im Juni 2013



# Zusammenfassung

Das Bild des öffentlichen Dienstes bei den Bürgern ist – wie die Ergebnisse des „Öffentlichen-Dienst-Monitors“ zeigen – in der Tendenz immer besser und freundlicher geworden.

Bei der Rangfolge der verschiedenen Berufe finden sich nicht nur wie bislang schon einige Berufe des öffentlichen Dienstes an der Spitze, sondern auch der „Beamte“ an sich wird von Jahr zu Jahr positiver bewertet.

Den Beamten werden zudem im Laufe der letzten Jahre alle positiven Eigenschaften häufiger, alle negativen seltener zugeordnet.

Die Inanspruchnahme der Behörden ist unverändert hoch. Dabei haben die Behördenbesucher wie auch schon in den Vorjahren überwiegend positive Erfahrungen bei ihren Kontakten mit den verschiedenen Behörden gemacht. Unverändert halten über 80 Prozent der Behördenbesucher die Mitarbeiter, mit denen sie zu tun hatten, für qualifiziert und freundlich.

Zwar gibt es bei den Bürgern weiterhin Zweifel an der Effizienz des öffentlichen Dienstes, doch wird die Notwendigkeit eines starken Staates von der großen Mehrheit der Bürger befürwortet. Dazu dürften auch die Ängste beigetragen haben, die die aktuelle Euro-Krise bei den Menschen ausgelöst hat.

Auch 2013 ist eine Mehrheit der öffentlich Bediensteten mit ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen zufrieden. Zwischen der Entlohnung im öffentlichen Dienst und der in der freien Wirtschaft wird allerdings nach wie vor eine Diskrepanz empfunden.

Die Beurteilung der politischen Kompetenz der einzelnen Parteien für einige Politikfelder erfolgt durchaus differenziert. Präferenzen haben die öffentlich Bediensteten in überdurchschnittlichem Maße für die Partei der Grünen.